

Diese Zeitung erscheint jede Woche, Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalte. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Dem Sozialismus entgegen.

Ein wesentliches Merkmal der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung besteht darin, daß an Stelle der Handwerks- und Kleinbetriebe der Großbetrieb und die kapitalistische Unternehmung tritt. Diese Umbildung bedeutet zugleich Vernichtung selbständiger Existenzen und die Schaffung von Lohnarbeit. Das heißt anders ausgedrückt, der Handwerker oder Gewerbetreibende, der sich bis dahin mit seiner Arbeit und seinem Besitztum die notwendigen Existenzmittel verschaffte, wird durch die Entwicklung zur abhängigen Arbeit für Lohn in einem fremden Betriebe gezwungen.

Dieser Wirtschaftsverlauf ist typisch für alle modernen Industriestaaten. In Deutschland spielte sich diese Entwicklung besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ab. Aber auch das erste Viertel des 20. Jahrhunderts — unsere Zeit — steht unter dem Zeichen dieser Entwicklung. Trotdem der Weltkrieg die Vorherrschaft der europäischen Industriemirchschaf und damit auch die deutsche erheblich eingeschränkt hat, vermehrte sich die Zahl der Großbetriebe und die Zahl der darin Beschäftigten seit 1907 ganz gewaltig, wie die kürzlich erschienenen Ergebnisse der Berufszählung vom Jahre 1925 beweisen. Zur richtigen Beurteilung der nachstehenden zahlenmäßigen Darlegungen sei im voraus bemerkt, daß die Zahl der erwerbsfähigen Personen in Industrie, Handel und Verkehr 1907 im alten Reichsgebiet 14,4 Millionen, dagegen 1925 im heutigen Gebietsumfang 18,7 Millionen betrug.

Von diesem Personenkreis waren beschäftigt:

	1907	1925
In Kleinbetrieben (1-5 Personen)	37,6 Proz.	28,6 Proz.
In Mittelbetrieben (6-50 Personen)	25 Proz.	24,2 Proz.
In Großbetrieben (über 50 Personen)	37,4 Proz.	47,2 Proz.

Dieser prozentuale Vergleich zeigt eine bedeutende Zunahme des beschäftigten Personenkreises in Großbetrieben und eine fast gleich große Verminderung der Beschäftigungszahl in Kleinbetrieben. Diese Verschiebung fällt quantitativ um mehr ins Gewicht als die Prozentziffer von 1907 auf die Zahl von 14,4 Millionen, die von 1925 dagegen auf die von 18,7 Millionen Bezug nimmt.

Im einzelnen ergibt sich nach einer Darstellung in „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 2, 1928, für Industrie und Handwerk folgendes Bild:

Die Betriebsgrößengliederung in Industrie und Handwerk für 1907 und 1925.

Betriebsgrößengliederung	1907 (neues Gebiet ohne Saargebiet)		1925 ohne Saargebiet		Gegensüberstellung von 1925 und 1907 (neues Gebiet ohne Saargebiet)	
	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen	Zu- oder Abnahme der Zahl d. Bet.	„ „ der Zahl d. b. z. Personen
Betriebe mit bis 5 Personen	1.618.781	2.804.588	1.614.050	2.837.327	-4701	+ 32739
6 bis 50 Personen	180.091	2.035.015	205.911	2.895.756	+ 255.820	+ 860.741
mehr als 50 Personen	4.994	4.769.177	32.701	6.955.190	+ 27.707	+ 2.186.013
überhaupt	1.803.866	9.672.780	1.652.752	15.688.273	+ 488.886	+ 6.015.493
wovon mit mehr als 1000 Personen	504	1.175.565	892	2.109.005	+ 388	+ 933.440

Der amtliche Bericht bemerkt hierzu:

Vergleicht man die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung von 1925 mit denen der letzten Vorkriegszählung (1907), so ergibt sich zunächst, daß in Industrie und Handwerk überhaupt die Zahl der Betriebe (auf dem heutigen Gebietsstand) sich etwa gleich geblieben ist, die Zahl der beschäftigten Personen sich dagegen um mehr als den vierten Teil vermehrt hat. Diese Zunahme verteilt sich ungleich auf die einzelnen Betriebsgrößengliederungen. Der Grundstock der Kleinbetriebe steht ungefähr auf der gleichen Höhe wie 1907; der Betriebszahl nach ist hier eine kleine Verminderung der Personenzahl nach einer kaum nennenswerten Vermehrung festzustellen. Die Zunahme, die für die Abteilung „Industrie und Handwerk“ im ganzen gegenüber 1907 eingetreten ist, entfällt allein auf die Mittel- und Großbetriebe. Die Zahl der Betriebe ist in den beiden Größenklassen etwa um 30 v. H. gestiegen; die Zahl der Personen hat sich bei den Mittelbetrieben etwa um ein Viertel und bei den Großbetrieben fast um die Hälfte des Standes von 1907 erweitert. Dieser ungleichen Zunahme der Betriebs- und Personenzahl in den einzelnen Betriebsgrößengliederungen entspricht eine Gewichtsverschiebung dieser Größenklassen innerhalb des Gesamtgewerbes. Die Kleinbetriebe haben, wenn sie auch ihren absoluten Bestand ungefähr behaupten konnten, seit 1907 relativ erheblich eingebüßt, während die Großbetriebe ihren zahlenmäßigen Anteil noch erhöhten; die Mittelbetriebe nehmen im heutigen Gesamtgewerbe etwa denselben Rang ein wie 1907.

Aus dieser betriebswirtschaftlichen Entwicklung lassen sich wichtige sozialpolitische Schlußfolgerungen ableiten. Die Vermehrung des Großbetriebes bedeutet verstärkte Lohnarbeit. Aber vier Millionen Erwerbsfähigen haben sich gegenüber 1907 neu in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis begeben müssen. Die Aussicht auf spätere wirtschaftliche Selbständigkeit ist im Großbetrieb nicht gegeben. Jeder Arbeiter, der nicht fatalistisch sein wirtschaftliches Schicksal fragen will, muß deshalb den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation finden.

Nur durch die gewerkschaftliche kollektive Macht wird er seine Arbeits- und Lebensverhältnisse günstig beeinflussen können.

Die Entwicklung der Großbetriebe bedeutet aber nicht nur Mehrung der Lohnarbeit, sondern zugleich Konzentration der ökonomischen Verfügungsgewalt der privatrechtlichen Kreise, der Unternehmer. Durch weitere Verbindungen mehrerer Großbetriebe in einer Unternehmung gerät die Wirtschaftsverfassung in einen Zustand stärkster Autokratie. Die Arbeiterschaft will aber Subjekt und nicht Objekt der Wirtschaft sein und erstrebt deshalb eine sozialistische demokratische Wirtschaftsverfassung.

Der gewerkschaftspolitische Wille der deutschen Arbeiterschaft und nicht zuletzt das Wahlergebnis am 20. Mai wird ein Maßstab dafür sein, ob die deutsche Arbeiterschaft aus der Wirtschaftsentwicklung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen weiß.

Die Steuerchande.

Nach den amtlichen Angaben umfassen die sämtlichen Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden:

1. Besitzsteuern.

(Einkommen- und Körperschaftsteuer ohne Lohnsteuer; Vermögenssteuer; einmalige Vermögensabgabe; Grunderwerbsteuer einschließlich Wertzuwachssteuer; Erbschaftsteuer; Vermögensverkehrssteuer.)

1913:	1925:
1936 Millionen Mk.	1960 Millionen Mk.

2. Gemischte Steuern.

(Steuern von Grundbesitz und Gewerbebetrieb.)

1913:	1925:
682 Millionen Mk.	1517 Millionen Mk.

3. Massensteuern.

(Zölle und Verbrauchssteuern; Verkehrssteuer; Umsatzsteuer; Hauszinssteuer; Lohnsteuer.)

1913:	1925:
1460 Millionen Mk.	6623 Millionen Mk.

Danach vermehrten sich seit dem Jahre 1913 die Besitzsteuern um 24 Millionen = 1,2 Prozent die gemischten Steuern um 855 Millionen = 130,0 Prozent die Massensteuern um 5163 Millionen = 354,0 Prozent

Selbst wenn man alle gemischten Steuern den Besitzsteuern zurechnet, ergibt sich folgendes Bild: Zunahme der Besitzsteuern von 2598 Millionen im Jahre 1913 auf 3477 Millionen im Jahre 1925, also um 879 Millionen = 34 Prozent. Dagegen Zunahme der Massensteuern um 5163 Millionen = 354 Prozent!

Seit 1925 hat sich an dieser skandalös ungerechten Verteilung der Steuerlasten nichts geändert. Der oben zergliederte Reichsetat für 1928, 29 beweist das. Was aber die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden anlangt, so ist zwar die Hauszinssteuer seit 1925 um 259 Millionen gestiegen, aber sie ist ja eine Massensteuer. Die Grund- und Gewerbesteuer dagegen wird in ihrem Ertrag die Einnahme des Jahres 1925 nur unbeträchtlich übersteigen, sind doch 1926, 27 ohne die Gemeinden bis zu 5000 Einwohner nur 1359 Millionen eingegangen.

Wer zahlt also die Steuern? Zu zwei Dritteln die besitzlose Masse: der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte, der kleine Gewerbetreibende! Und wer schuf und verteidigt dies empörend ungerechte Steuersystem?

Alle bürgerlichen Parteien!

Wählerinnen und Wähler, zieht eure Lehren daraus! **Wählt sozialdemokratisch!**

Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1927.

Die wirtschaftliche Lage war zu Beginn des Jahres 1927 erheblich günstiger als im Vorjahre. Die Konjunktur zeigte schon in den ersten Monaten eine aufsteigende Linie. Die Rationalisierung, die nun schon weiter und schärfer durchgeführt war, hatte, im großen und ganzen gesehen, ein Aufblühen fast aller Wirtschaftszweige zur Folge gehabt. Die Ziffer der Arbeitslosen begann zu sinken. Betrag am Anfang Februar 1927 die Zahl der unterstützten Erwerbslosen noch 1.827.000 (gegen 2.187.000 im Februar 1926), so sank sie im Mai 1927 auf 871.000 und betrug Anfang November

340.000. Wenn auch zu diesen Zahlen noch die Krisenunterstützten hinzuzurechnen sind, so daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen etwas höher sein dürfte (für November 1927 insgesamt 456.000), so kann doch von einer erfreulichen Erholung der Wirtschaft gesprochen werden. Die Dividenden der Aktiengesellschaften begannen schärfen zu steigen. Die günstige Lage der Wirtschaft wurde zwar von den meisten ihrer Führer geleugnet oder es wurde wenigstens versucht, diese Blüte als eine Scheinblüte darzustellen. Unparteiischen Beobachtern konnte es aber nicht verborgen bleiben, daß tatsächlich die Wirtschaft drauf und dran war, sich zu erholen. Die Dividendensteigerungen, die sinkende Arbeitslosigkeit, der gute Beschäftigungsgrad der meisten Industrien waren schlagende Beweise dafür. Die Kreditbedürfnisse der Wirtschaft konnten leicht befriedigt werden, ausländisches Geld strömte nach Deutschland hinein. Mit diesem Gelde wurden Erweiterungen und Verbesserungen in den Betrieben vorgenommen, die sich wieder in sinkenden Selbstkosten äußerten. Die Preise sanken aber nicht etwa in gleichem Maße, sondern zogen für fast alle Erzeugnisse noch an, so daß den Unternehmern ein erhöhter Gewinn verblieb. Unrentable Betriebe wurden in großer Zahl ausgekalket. Aber es gelang verhältnismäßig leicht, die durch Stilllegung freigewordenen Arbeiter wieder in anderen Betrieben unterzubringen, da überall in- und ausländische Aufträge in genügendem Maße vorlagen.

Es war kein Wunder, daß die Arbeiterschaft, der die aufsteigende Konjunktur nicht verborgen bleiben konnte, ihren Anteil an der günstigen Wirtschaftsentwicklung und an den Erfolgen der Rationalisierung haben wollte. Waren diese Erfolge doch nur möglich gewesen unter Mitwirkung der Arbeiterschaft. Diese Mitwirkung bestand hauptsächlich in gesteigerter Arbeitsleistung bei relativ gleichbleibendem Lohn oder gar sinkenden Bezügen. Die Tarifverträge waren fast ausnahmslos auf längere Zeit abgeschlossen worden, so daß die Löhne zu Beginn des Jahres 1927 nicht wesentlich gesteigert werden konnten. Wo eine geringe Lohnsteigerung erreicht wurde, machten die anziehenden Preise sie bald wieder weft. Als daher in den Monaten März/April die Tarifverträge abzulaufen begannen, traten selbstverständlich die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen hervor. In der nachfolgenden Statistik wird gezeigt, in welchem Umfang Lohnbewegungen geführt wurden, welcher Art sie waren, wieviel Arbeiter sie erfaßten und wie die Erfolge der Bewegungen ausfielen. Diese Statistik erscheint nun wieder nach einer mehrjährigen Unterbrechung im „Proletarier“. Die Inflation und andere widrige Umstände hatten diese Zusammenstellungen für unser Verbandsblatt verhindert. Dagegen sind sie aus den Jahrbüchern zu ersehen.

Die Zahl der stattgefundenen Lohnbewegungen beträgt für das verflossene Jahr 1212 gegen 225 im Vorjahre. Von den Bewegungen wurden 12.535 Betriebe (im Vorjahre 2643) mit insgesamt 972.850 Beschäftigten erfaßt. Unmittelbar an den Lohnbewegungen beteiligt waren 859.028 Personen gegen 120.748 im Vorjahre. Von den Beteiligten waren 666.873 männlichen und 192.153 weiblichen Geschlechts. Die 1212 Lohnbewegungen gliedern sich in 1098 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, 61 Angriffsbewegungen mit Arbeitseinstellung, 34 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung und 19 Abwehrbewegungen mit Arbeitseinstellung.

Von den 859.028 Beteiligten waren Mitglieder unseres Verbandes 60,3 Proz., das ist ein etwas geringerer Hundertsatz als im Vorjahre (62,2 Prozent). Aber das ist noch kein Beweis für eine absolute Verschlechterung des Organisationsverhältnisses. Eher könnte man daraus folgern, daß der Wirkungskreis unserer Organisation größer geworden ist und daß eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Organisierten für eine weit größere Anzahl von Arbeitern etwas zu erreichen vermag. Das ist ein Grund mehr, die Unorganisierten auch möglichst alle zu ihren gewerkschaftlichen Pflichten heranzuziehen.

Bei den 1212 Bewegungen des Jahres 1927 wurde folgendes Gesamtergebnis erzielt: Für 815.146 (im Vorjahre 39.828) Personen wurde eine Lohnhöhung von insgesamt 2.044.583 Mark pro Woche (im Vorjahre 63.649 Mk.) und für 44.124 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 246.501 Stunden pro Woche erreicht. Für 1871 (im Vorjahre 211) Personen wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 14.904 (im Vorjahre 1447) Stunden pro Woche und eine beabsichtigte Lohnkürzung von 46.152 Mk. pro Woche für 10.536 Personen (im Vorjahre 3261 Mk. für 758 Personen) abgewehrt. Sonstige Verbesserungen, als Ferien, Schmutz- und Kleidergeld, konnten für 135.628 Personen erstritten werden.

Es ist eine ungeheure Steigerung der Arbeitsleistung unseres Verbandes, die in den angeführten Zahlen zum Ausdruck kommt. Diese Leistung zeigt sich auch in dem Ausgang der einzelnen Bewegungen. Von den 1212 Bewegungen waren 1181 erfolgreich, 20 teilweise erfolgreich und nur 10 erfolglos, 1 blieb unerledigt. Es ist also festzustellen, daß 97,5 Prozent aller Lohnbewegungen einen vollen Erfolg

hatten. Das Ergebnis ist ein gewiß zufriedenstellendes, besonders, wenn man die zu Beginn des Jahres noch schwachen Kräfte des Verbandes in Betracht zieht.

Wie in allen früheren Jahren, so waren auch im Jahre 1927 die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung am zahlreichsten, aber auch am meisten von Erfolg begleitet. Es wurden 1132 solcher Bewegungen mit 801 904 Beteiligten gezählt. Von ihnen waren erfolgreich 1118, teilweise erfolgreich 14 und erfolglos 5. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung noch deutlicher. Es werden die Erfolge in den einzelnen Industrien sowohl in Lohnbewegungen, wie an Arbeitszeitverkürzung gezeigt, und zwar im ganzen für alle Beteiligten wie im Durchschnitt für den einzelnen Arbeiter.

Table with 4 main columns: Subjektbereich, Zahl der Arbeiter, Zahl der Beteiligten, and Summe. It lists various industries like Chemikalien, Papier, and Textilien with their respective statistics.

Aus der folgenden Tabelle sind die errungenen Gesamterfolge aller Lohnbewegungen nach den wichtigsten Industriezweigen geordnet zu ersehen, ebenso die Zahl der Betriebe, der Beteiligten, der bei uns Organisierten und die Zahl der Personen, die in den Genuss der Erfolge kamen. Dieses Bild hat sich durch die Bildung des Keramischen Bundes etwas gegen das Vorjahr verschoben. Die keramische Industrie steht an der Spitze, was die Zahl der Lohnbewegungen und der erfassten Betriebe betrifft. Die Zahl der beteiligten Personen ist jedoch in der chemischen Industrie größer, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil in der keramischen Industrie die Kleinbetriebe der Chemie fehlen. Die Organisationsverhältnisse sind nach der Aufstellung am besten in der Glasindustrie. In den übrigen Industrien bewegt sich der Prozentsatz der bei uns Organisierten um 50 Prozent herum. Das ist zu wenig. Es zeigt sich hier, daß noch in allen Industriezweigen fleißige Arbeit geleistet werden muß, um auch die übrigen 50 Prozent dem Verbands zuzuführen, der ihnen die Vorteile der höheren Löhne, der verkürzten Arbeitszeit, der Ferien u. m. erkämpft hat.

Table with 5 columns: Industriezweig, Lohnbewegungen, Betriebe, Beteiligte, bei uns Organisierte, and Erfolge für Personen. It summarizes the results across different industrial sectors.

Das agitatorisch tätige Verbandsmitglied wird aus dieser Tabelle wichtiges Material entnehmen können, gegen das die Zahlen der an den Erfolgen teilnehmenden Personen, das die Wirkungskraft des Verbandes weit über den Kreis seiner

Mitglieder hinausreicht. Soviel Interesse der Verband an diesem wertvollen Werbemittel hat, so wenig Grund haben die organisierten Kollegen, für die Unorganisierten die Kosten der Lohnbewegungen zu tragen; also heran an die unorganisierten Künftler der Arbeit unserer Organisation.

Die Kosten der Lohnbewegungen sind mit der Zahl und dem Umfang der Bewegungen selbstverständlich stark gestiegen. Wurden im Jahre 1926 als Gesamtausgabe für Lohnbewegungen 114 629 Mk. gebucht, so mußten für den gleichen Zweck im verfloßenen Jahre 884 154 Mk. angegeben werden. Wie die einzelnen Industrien an den Unkosten für die Streiks und Ausperrungen des Jahres 1927 beteiligt gewesen sind, ist aus folgender Aufstellung zu ersehen.

Advertisement for 'Erfolg' (Success) featuring a large headline and text promoting the benefits of union membership and collective action. It includes sub-headings like 'überzeugt' and 'Toren'.

es ganz einfach das Geschäft der Gewerkschaftsfunktionäre wäre, für Lohnbewegungen zu sorgen. Hier ist ein gewaltiges Stück Kulturarbeit geleistet worden. Das wäre nicht möglich gewesen ohne einen starken Idealismus als Antrieb. Es ist in diesem Jahre vorwärts und aufwärts gegangen mit dem Verbands und seinen Mitgliedern durch die enge Zusammenarbeit von Funktionären und Mitgliedern. Das gibt uns ein Recht zu der Hoffnung, daß es auch in den kommenden Jahren vorwärts und aufwärts gehen wird.

Die Selbstverwaltung bei den Betriebskrankenkassen.

Wie alle Versicherungsträger, so sind auch die reichsgesetzlichen Krankenkassen Selbstverwaltungskörper. Das heißt, die beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber verwalten die Versicherungsträger im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften (Reichsversicherungsordnung) selbst. Am meisten und besten ist diese Selbstverwaltung bei den Orts- und Landkassen ausgebaut. Bei diesen Kassen werden die Vertreter im Ausschuss unmittelbar von den Mitgliedern und Arbeitgeberern gewählt. Die so gewählten Ausschussmitglieder wählen sich ihre Vorsitzenden und gleichfalls die Vertreter für den Kassenvorstand. Der Kassenvorstand wählt sich dann wieder selbst seine Vorsitzenden aus seiner Mitte. Dieses demokratische Verfahren ist bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen arg beschnitten.

Die Versicherer der Betriebskrankenkassen wählen zwar genau wie die volljährigen Versicherten der übrigen Kassen ihre Vertreter zu den Organen, es gibt jedoch hier eine starke Einschränkung. Nach § 340 der RVO. sind diejenigen Mitglieder einer Betriebskrankenkasse, die ihre Mitgliedschaft freiwillig fortgesetzt haben, nur solange wählbar und wahlberechtigt, als sie dem Betrieb angehören, für den die Kasse errichtet ist. Scheiden diese Personen also aus dem Betrieb aus, so haben sie kein Wahlrecht mehr. Diese Einschränkung trifft besonders die weiblichen Mitglieder, die wegen Verheiratung aus dem Betrieb ausscheiden und freiwillige Mitglieder der Betriebskrankenkasse bleiben, um ihre Ansprüche aufrecht zu erhalten (Wochenhilfe usw.). Diese freiwilligen Mitglieder haben nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht den geringsten Einfluß mehr auf die Verwaltung der Kasse. Daß eine derartige Einschränkung der Selbstverwaltung überhaupt möglich ist, ist unergreiflich. (Zur Orientierung sei bemerkt, daß bei den Ortskrankenkassen sämtliche Mitglieder, auch die freiwilligen, wählbar und wahlberechtigt zu den Organen sind.) Aber noch eine andere, viel fühlbarere Einschränkung der Selbstverwaltung ist bei den Betriebskrankenkassen bindende Vorschrift. Der Vorsitzende des Vorstandes und des Ausschusses wird bei diesen Kassen nicht von den Vertretern gewählt, sondern stets ist bei den Betriebskrankenkassen in allen beiden Organen der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter der Vorsitzende kraft Gesetzes (§ 338 RVO.). Die Versicherten und ihre Vertreter in den Organen haben also nicht den geringsten Einfluß auf die Bestellung der Vorsitzenden. Der Arbeitgeber ist nun in allen beiden Organen (Vorstand und Ausschuss) nicht nur Vorsitzender, er vereinigt auf seine Person allein auch die Hälfte der Stimmen, die den Versicherten nach der Kassenordnung zustehen. (Das heißt auf deutsch, die Versicherten haben doppelt so viele Stimmen als der Arbeitgeber, also zwei Drittel, während der Arbeitgeber nur ein Drittel hat.) Er kann mit dieser geschlossenen Stimmzahl natürlich ganz andere Erfolge erzielen als die Arbeitgeber bei den übrigen Krankenkassen, da hier oft Unstimmigkeiten in den Fraktionen eine Abstimmung beeinflussen. Bei den Betriebskrankenkassen ist das ausgeschlossen. Bei Abstimmungen

Table showing financial data for strikes and lockouts. Columns include industry, amount paid, and number of days. It lists various industries like Chemische Industrie, Papierindustrie, and Metallindustrie.

Der fliegende Holländer.

Eine humoristische Geschichte aus dem Berufsleben. Beim Genieß von köstlichem Tafelweine bemerkt sich das aufgeregte Gemüt des alten Herrn. Er ist Chef der Werkstatt. Als geübter Lebemann und Weintrinker bleibt er bei dem Satz: Weintraube allein tut's nicht - und daher gibt er Wein ins Wasser. Jetzt versteht der alte Herr das Wasser ganz und bemerkt sich mit Weine.

Während pfeift der Alte den Betriebsleiter an: Und Sie gehen sofort in ein Vermittlungsbüro und verpflichten dort die Herren zur Vergebung eines neuen, tüchtigen Meisters... aber fremd muß er sein... von auswärts... möglichst weit her... von auswärts! Verstanden?

Merkwürdig ist es, daß die Macher ihren Chef so gut verstehen. So hat der neue Meister einen Plan fertig. Er ist erst vierzig und noch ein strammer Burche. Als lediger Herr ist er hinter jeder Frauunterlippe her. Aber in Ehren. Selbstredend Holländisch, ganz und gar.

wirft der Arbeitgeber seine Stimme in die Waagschale. Diese gilt genau die Hälfte der Stimmen der Versicherten. Nun wird von den Arbeitgebern immer gesagt, daß trotzdem die Versicherten auch in den Organen der Betriebskrankenkassen die Mehrheit der Stimmen haben. Dies mag theoretisch ganz richtig sein. In der Praxis sehen die Dinge jedoch ganz anders aus. Erst hat der Arbeitgeber als Vorsitzender des Organes der Kasse nur ein Drittel der Stimmen in den Händen. Er kann aber die Stimmenabgabe der Versicherten genau kontrollieren. Da sämtliche Versicherte von ihm als ihrem Vorkämpfer wirtschaftlich abhängig sind, so ist es leicht erklärlich, daß sie bei der Abstimmung zum allermeisten besungen sind. Sie werden in sehr vielen Fällen aus Angst um das tägliche Brot nicht gegen ihren Arbeitgeber stimmen. Auf diese Weise fällt es dem Arbeitgeber-Vorsitzenden leicht, seine Wünsche durchzudrücken und ihnen zur Annahme zu veranlassen. — So sieht die „Selbstverwaltung“ in den Betriebskrankenkassen aus. Dieser maßgebende Arbeitgebereinfluß kommt auch auf den Tagungen des Betriebskrankenkassenverbandes offen zum Ausdruck. So führten die Versichertenvertreter auf einer Vorbesprechung zur Tagung des Betriebskrankenkassenverbandes im Jahre 1926 darüber Klage, daß der Betriebskrankenkassenverband immer noch im wesentlichen eine reine Arbeitgeberorganisation sei, in der die Versicherten nicht den geringsten Einfluß haben. In einem Bericht über diese Vorbesprechung heißt es weiter: „Es sind den Versicherten zwar ein Drittel der Sitze in den Organen des Verbandes zugeprochen worden, doch wird der dadurch gegebene Einfluß vollständig durch den weit stärkeren Einfluß der Arbeitgeber und der von ihnen abhängigen Geschäftsführer kompensiert. Alle Anträge der Versichertenvertreter, den Versicherten wenigstens die Hälfte der Sitze zuzustehen, sind abgelehnt worden. So z. B. hat der Bund badischer Arbeitgeberverbände in einem Rundschreiben seine Mitglieder aufgefordert, nur solche Arbeitgebervertreter zu der Hauptversammlung zu schicken, die die von den Arbeitnehmern gestellten Anträge auf jeden Fall ablehnen und keinerlei Kompromißversuche zulassen. — Trotzdem also die Versicherten zwei Drittel der Beiträge aufbringen müssen, will man ihnen im Betriebskrankenkassenverband nur ein Drittel der Sitze einräumen. Ein Kommentar hierzu erörtrigt sich wohl.“

Ein weiteres Kapitel der „Selbstverwaltung“ der Betriebskrankenkassen bilden die Kassenangestellten. Während bei den übrigen Kassenarten sämtliche Angestellte durch den Vorstand der Kasse gewählt und angestellt werden, sind die Angestellten der Betriebskrankenkassen Angestellte des Arbeitgebers. Sie werden von ihm eingestellt und besoldet. Selbstverständlich werden die Arbeitgeber nur solche Angestellte nehmen, die ihnen angenehm sind. Die Angestellten sind dann vollkommen vom Arbeitgeber abhängig, da sie ja kein Brot essen. Also auch in den Personalfragen haben die Versicherten der Betriebskrankenkassen nicht das geringste Mitbestimmungsrecht. Wie wichtig nicht nur für die Versicherten, sondern überhaupt für die gesamte Sozialversicherung eine geeignete Personenwahl für die leitenden Posten der Krankenkassen ist, darauf braucht hier wohl nicht näher hingewiesen zu werden. Die trockenen Paragraphen der Reichsversicherungsordnung und der sonstigen in Frage kommenden Gesetze müssen ja von den geschäftsführenden Angestellten der Kassen in die Praxis umgesetzt werden. Wie dies nun geschieht, kommt ganz auf das soziale Verständnis der betreffenden Angestellten an. Auch die Versicherten wissen, daß manche Bestimmung nach zwei Seiten hin ausgelegt werden kann.

Diese Ausführungen über die Selbstverwaltung zeigen, wie weit der Artikel 161 der Reichsverfassung bei den Betriebskrankenkassen in die Praxis umgesetzt ist. Es heißt in diesem Artikel:

Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterkraft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen, unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

Wo ist denn dieser maßgebende Einfluß der Versicherten bei den Betriebskrankenkassen zu finden? Dieser Einfluß ist bei dieser Kassenart schon gesetzlich eng eingeschränkt, und in den Fällen, in denen den Versicherten wirklich ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt ist, sind die Vertreter der Versicherten infolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von dem Arbeitgebervorsitzenden nur Statisten.

Die psychotechnische Berufseignungsprüfung.

Von Dr. Werner Leibbrand (Berlin), Facharzt für Psychiatrie.

Psychotechnik ist die Methode, durch Versuche mit besonders konstruierten Apparaten genauere Messungen geistiger und seelischer Fähigkeiten zu erzielen, aus denen Schlüsse auf die Berufseignung gezogen werden sollen. Vor einigen Wochen las man nun eine flotte Satire: ein junger Mann mit besten Zeugnissen stellt sich einem neuen Chef vor; dieser ist ein begeisterter „Psychotechniker“ und beweist in wenigen Minuten dem hoffnungsvollen Jüngling an der Hand von einem halben Dutzend „Experimenten“ und Apparaten, daß er für jedes Ressort der Firma völlig ungeeignet sei; der junge Mann geriet in das Maschinenwerk der „Tests“, also der Prüfungen für Umsicht, Kaltblütigkeit, Konzentration usw. und versang sich wie die Biene im Spinnennetz. Es bedarf keines Wortes, daß in jeder „Prüfung“ ein gehöriger Zufall steckt; der Glaube an das Abiturientenexamen als alleinigen Maßstab der beruflichen „rituellen Reise“ für das Akademiestudium dürfte allgemein erschüttert sein. Die oben erwähnte Satire ist aber ein Zeitdokument; denn gerade in Kalenkreisen ist die Ehrfurcht vor der Berufseignungsprüfung so groß, daß sie nach Ansicht erfahrener Wissenschaftler (Lippmann, Stern usw.) bereits erheblich un-

heil gestiftet hat. Dieses Unheil ist in der genannten Satire hieblich getroffen. Die Laienbegeisterung für die Psychotechnik trug reich zur gewerbsmäßigen psychologischen Kurpsherei bei. Die von erster Seite so mißachteten „praktischen Psychologen“ schossen wie Pilze aus der Erde, und schließlich wurde mancher Betriebsleiter sein eigener „Psychotechniker“. Man eignete sich die äußere Form der Prüfungstechnik an und erlaubte sich die ungeheuerlichsten Urteile. Solche Dinge berichtet Stern aus deutschen Betrieben, und nicht anders sind die kritiklosen amerikanischen Armeeprüfungen zu verstehen, die auf psychologischem Gebiet ebenso viel Falles geistigen wie Taylor mit seinen physikalischen Rechenreien.

Dem wissenschaftlichen Psychotechniker erweisen wir durch Weigerung solcher Halbheiten den allergrößten Dienst. Er hat noch nie behauptet, daß die seelischen Funktionen bereits reiflos gemessen und eingeordnet werden können; er kennt die Gefahren, die selbst in den genauesten Prüfungen immer wieder schlummern und muß sich der größten Zurückhaltung besonders bezüglich der „Prognose“ befleißigen. Etwas die Hamburger Schule hat immer nachdrücklich betont, daß der experimentelle „Test“ — und mag er noch so sehr der Wirklichkeit entsprechen — niemals „die“ Methode

Sie kaufen sich

die Rechteparzellen, die bis zum heutigen Tage über die parlamentarische Mehrheit verfügten, machen die Gesetze so wie sie Sie brachten zum Zwecke der Verlesung. Um Ihre politische Macht, die auf der Wählerzahl beruht, erhalten zu können,

kaufen Sie

sich Mandate, um auch weiterhin die Gesetzgebungsmaschine in der Hand zu haben. Doch dieses Vorgehen politische Verlesung zur Folge haben muß, stört die Mandatskäufer nicht. Drehen Sie doch um die Erhaltung ihrer Vorrechte“, um die Ausübung ihrer Mitmenschen, und dazu ist jedes Mittel recht. Deshalb ein Königreich für ein Pferd, oder Geld in Masse gegen

Mandate

in jeder beliebigen Zahl. Ein Ausfluß des Willens zur Macht um jeden Preis sind auch die Femeurde, der Klassenkampf „mit anderen Mitteln“. Wähler, beiseite diesen Pestherd!

Wähler sozialdemokratisch!

ist, und daß der psychotechnische Experimentator selbst bei den elementarsten Prüfungen von Aufmerksamkeit, Sicherheit usw. der Beobachtungsmethode außerhalb der „Tests“ nicht entraten kann. Diese Einstellung hat gerade für den Laien (Lehrer, Eltern, Vorgesetzte usw.) den pädagogischen Wert, anstatt sich selbst als Psychotechniker zu fühlen, lieber ein persöhnlicheres Einfühlungsvermögen aufzubringen, dessen Angaben die psychotechnischen Versuche besser ergänzen als die eigene Kurpsherei.

Es ist klar, daß das amerikanische Zeitempo dazu beigetragen hat, eine laienhafte Überschätzung der Prüfungsmethoden herbeizuführen, weil man eben möglichst rasch zu einer sicheren Persönlichkeitsbeurteilung im täglichen Werkbetrieb in der Fabrik, am Chauffeurflügel, am Telefon, an der Schreibmaschine gelangen zu müssen glaubte. Zweifellos haben die Prüfungen eine Menge Gutes gezeitigt; auch der Wunsch der sportlichen Vollkommenheit hat hier äußerst befruchtend gewirkt; aber wie weit die Idee des Überans kritischen R. W. Schulte sich verwirklichen läßt, durch Weiterbildung der physiologischen Psychologie zu einer tatsächlichen Individualpsychologie zu gelangen, bleibt dahingestellt. Besonders wichtig wurden die psychotechnischen Versuche für die Entlarvung derjenigen Täuschungen, denen wir bei okkultistischen Trickschwindeleien ausgesetzt sind; es ist das Verdienst der „Psychologischen Arbeitsgemeinschaft“ (Moll, Schulte), hier besonders geeignete Versuchsanordnungen ersonnen zu haben. Als Gegengewicht gegen gewisse dogmatische Richtungen der Psychotherapie, welche den naturwissenschaftlichen Werten bedenkenlich zu verlassen scheinen, ist allerdings die Betonung des leidenschaftlichen Zusammenhanges, wie ihn die Psychotechnik betonen muß, recht erfreulich. Aber so wenig, wie die Seele des Menschen ohne die körperlichen Grundlagen erforscht wird, kann man im seelischen Geschehen lediglich eine maschinenmäßige Reaktion auf Prüfungsreize sehen. Gerade der Laie, der sich die Psychologie so einfach denkt, ist leicht geneigt, die Seele zu einem primitiven Reaktionsmechanismus herabzuwürdigen, weil es in sein Weltanschauungssystem paßt; dann allerdings wird man wie Combarnt meint, vor dem Eintreten in einen Betrieb gerade die Seele in der Garderobe abgeben müssen.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Wann kann das Krankengeld verweigert werden?

Die Vorstände und Ausschüsse können in die Zahlung der Krankenkasse Vorschriften aufnehmen, die den Anspruch auf Krankengeld verweigern, wenn Mitglieder die Kasse durch eine freiwillige Handlung geschädigt haben, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist. Die Verletzung kann sich in jedem Falle nur auf die Dauer eines Jahres nach der Strafzeit erstrecken.

Hat sich ein Mitglied eine Krankheit vorzüglich oder durch schuldhaftes Verschulden bei Schlägereien oder Raubhandeln zugezogen, so kann die Zahlung in diesen Fällen die Zahlung von Krankengeld für die Dauer dieser Krankheit verweigert werden. Es ist auch

zulässig, daß die Organe der Krankenkassen den Anspruch auf Krankengeld in solchen Fällen nicht ganz, sondern nur teilweise verweigern, daß dem Mitglied also ein bestimmter Betrag an Krankengeld trotzdem ausbezahlt wird. Unzulässig ist es, außer dem Krankengeld die Krankenpflege, Wochenhilfe oder das Sterbegeld zu verweigern. Auch hinsichtlich des Hausgeldes, das den Angehörigen bei Krankenhauspflanze zu zahlen ist, ist eine Beschränkung nicht möglich. Die ganze oder teilweise Verletzung des Krankengeldes bezieht sich schließlich auf schuldhaftes Verschulden bei Schlägereien oder Raubhandeln. Voraussetzung des Leibbundes der Schlägerei oder des Raubhandels bildet die wechselseitige widerrechtliche Tätigkeit der Beteiligten. Es genügt nicht, wenn nur der eine Teil zu Täuschlichkeiten übergegangen ist, sondern es muß eine gegenseitige Angelegenheit, ein auf Körperverletzung gerichtetes Gegenüberstreiten mehrerer Personen vorgelegen haben. Retenweh scheidet dabei aus. Bleibt sich ein Mitglied eine Krankheit (Unfall) z. B. bei einem Diebstahl zu, so kann in einem solchen Falle die Zahlung von Krankengeld nicht verweigert werden. Bei Folgen eines Selbstmordversuchs kommen die beschränkten Vorschriften des Gesetzes in Betracht. Das Reichsversicherungsamt hat in einem Urteil festgestellt, daß eine Krankheit, die sich ein Versicherter bei einem im Zustande der Zurechnungsunfähigkeit vorgenommenen Selbstmordversuch zugezogen hat, als vorzüglich herbeigeführt anzusehen ist. Es wird im übrigen der Prüfung der Einzelfälle bedürfen, ob sich das Mitglied die Krankheit „vorzüglich zugezogen“ hat oder an einer Rauferei oder Schlägerei „beteiligt“ war.

Wirtschaftliches.

Die Bilanz der Schwedischen Ausperrung.

Am 2. Januar 1928 wurden 17 500 Arbeiter der schwedischen Zellstoffindustrie von dem Arbeitgeberverbande ausgeperrt, weil die Organisation der schwedischen Zellstoffarbeiter nicht gewillt war, sich mit dem Diktat der Unternehmer auf Lohnabzug zu unterwerfen. Die Kampfzähigkeit der ausgesperrten schwedischen Zellstoffarbeiter veranlaßte das Unternehmertum, im Laufe der Ausperrung noch 13 500 Papierfabrikarbeiter und 21 000 Sägereiarbeiter auf die Straße zu werfen, so daß an der Ausperrung insgesamt rund 52 000 Arbeitnehmer beteiligt waren. Die Ausperrung wurde in der Nacht zum Osterfest durch einen Vergleich vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß beendet. Der durch die Ausperrung herbeigeführte Verlust an Arbeitstagen beträgt für die Zellstoffindustrie in der Zeit vom 2. Januar 1928 bis zu Ostern 1928 1 425 000 Arbeitstage und für die Papierfabrikation für die Zeit vom 5. März 1928 bis Ostern 1928 372 000 Arbeitstage. Insgesamt gingen also für die Zellstoff- und Papierarbeiter sowohl als auch für deren Unternehmer 1 807 000 Arbeitstage durch die Ausperrung verloren.

Die mit großer Kriegslust der Unternehmer herbeigeführten Ausperrungen hatten den Zweck, die Zellstoff- und Papierarbeiter und deren Organisationen zu Lohnabhängigen geistig zu machen. Das Gegenteil ist eingetreten. Wie das Berliner Tageblatt zu berichten weiß, hat die zu Ostern vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß getroffene Vereinbarung für die ausgesperrte Arbeiterschaft Lohnhöhungen mit sich gebracht. Der Höchstlohn der hauptsächlichsten Lohngruppe wurde von 1.14 auf 1.18 Kronen pro Stunde erhöht, während der Grundlohn auf 91 Öre bestehen bleibt. Nur in den Fabriken, wo der jetzige Höchstlohn 1.18 Kronen bereits überschritten hatte, wird derselbe auf die neu vereinbarte Höhe zurückgeführt. In Betrieben, in denen die berechnete Erzeugung nicht um mehr als 10 Prozent übersteigen wird, werden die Mindestlöhne um 10 Prozent erhöht. Der Lohn der Hofarbeiter steigt von 77 auf 80 Öre. Ferien- und Festengelder sollen unabhängig von der Ausperrung zugestimmt werden. Den Über- und Minderlöhnen wird das Verhandlungsrecht zugestanden. Die bisher bestehenden Krankenbestimmungen wurden dahin ergänzt, daß auch die Familienmitglieder der Arbeitnehmer spezialärztliche Behandlung beantragen können.

Die Kriegskosten für beide Parteien gestalteten sich, berechnet nach den Ausgaben der „Papierzeitung“, Nr. 31/1928, folgendermaßen:

- a) Unterstützungskosten des Arbeitgeberverbandes:
 - an Papierstofffabriken . . . 1 242 000 Kronen
 - an Papierfabriken . . . 226 000 Kronen
 - insgesamt: 1 468 000 Kronen
- b) Unterstützungskosten der Arbeiterorganisationen:
 - an Papierstoffarbeiter . . . 3 587 500 Kronen
 - an Papierfabrikarbeiter . . . 830 000 Kronen
 - insgesamt: 4 417 500 Kronen

Nicht unerwähnt dürfen auch die Lohnverluste bleiben, die die Papierarbeiter durch die Ausperrung erlitten hat. Da der Durchschnitts-Lohnverdienst des Papierstoffarbeiters 8,60 Kronen und der des Papierfabrikarbeiters 8,21 Kronen betrug, gestalteten sich

- c) die Lohnverluste folgendermaßen:
 - für Papierstoffarbeiter . . . 8 753 500 Kronen
 - für Papierfabrikarbeiter . . . 2 114 120 Kronen
 - insgesamt: 10 867 620 Kronen

Wir lassen dahingestellt, ob die auf Grund der Angaben der „Papierzeitung“ gemachten Berechnungen vollkommen den wirklichen Tatsachen entsprechen. Es dürfte dabei auf kleine Abweichungen nach unten oder oben auch weniger ankommen. Feststehende Tatsache ist jedenfalls, daß die schwedische Ausperrung sowohl den Arbeitgebern, als auch den Arbeitnehmern außerordentliche Opfer auferlegt hat. Daraus rechtfertigt sich die gewerkschaftliche, besonders in

Deutschland geübte Auffassung, daß Streiks und Aussperrungen nur als die letzte, dann aber auch als die am schwersten wirkende Waffe im wirtschaftlichen Kampfe zur Anwendung gebracht werden soll.

Wir freuen uns, daß es unseren schwedischen Arbeitskollegen gelungen ist, wenn auch erst nach monatelangem mit schwersten Opfern verbundenem Kampfe, die Angriffe ihrer Unternehmer zurückzuweisen und diesen zu zeigen, daß gewerkschaftliche Solidarität im Wirtschaftskampfe eine noch stärkere Waffe darstellt, als Unternehmerwillkür und Unternehmerrücktritt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Schädlinge der Arbeiterbewegung.

Die A.P.D. ist wieder tüchtig an der Arbeit, um politisch und gewerkschaftlich zu zerteilen, zu schwächen im Interesse der Rechtsparteien und der Unternehmer.

Die A.P.D. Halle, den 3. April 1928. Abt. Gewerkschaften.

Anlage zu Rundschreiben 7/28. Anweisungen der Gewerkschafts-Abteilung. Gewerkschaftskongress und Verbandstagswahlen.

In den nächsten Monaten finden für die Verbände der Dachdecker, Bekleidungsarbeiter, Legilarbeiter, Fabrikarbeiter, Keramischer Bund, Lithographen und Steinbrücker, Sattler, Lederarbeiter, Schuhmacher, Metallarbeiter und Eisenbahner die Verbandstagswahlen für eine Reihe Organisationen die Auswahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress statt.

Wir machen den örtlichen Parteileitungen sowie Gewerkschafts-Abteilungen zur Pflicht, daß sie die Mitteilungen der Verbände in der Fachpresse genau beachten und die Termine, die vorgeschrieben sind, zur Einberufung von Mitgliederversammlungen, Kandidatenaufstellung, Einreichung der Anträge usw. nicht verstreichen lassen.

Besonders sind die Anweisungen der Bezirksgewerkschafts-Abteilungen für die einzelnen Wahlen zu beachten. Wir müssen uns in vielen Verbänden, in denen wir gemeinsam Wahlabteilungen mit Zahlstellen der Verbände anderer Parteibezirke bilden, auf einzelne Kandidaturen konzentrieren, damit oppositionelle Delegierte gewählt werden.

Zusammenfassung der Gewerkschafts- und Betriebsfunktionen.

Die Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen sind abgeschlossen. Wir benötigen die Adressen aller Funktionäre, damit wir unterbreitsweise an die Zusammenfassung herangehen können, zum anderen für die Lohn- und Arbeitskämpfe, direkte Informationen an die Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften und an die Betriebsräte senden können.

Wichtig ist es, daß uns die genauen Resultate über die im Herbst des Jahres 1927 durchgeführten Krankenkassenwahlen unter Nennung der Namen der kommunikativen Vertreter eingehend werden. Während der Lohnbewegungen war die Berichtserstattung mangelhaft. Aber jede ausgebrochene Bewegung muß schnellstens die Gewerkschaft sowie die Redaktion des Klassenkampfes informiert werden.

Die Ortsgruppenleitungen müssen veranlassen, daß uns umgehend die Betriebs-Gewerkschaftsbogen zugesandt werden, damit wir dieses Material auswerten können.

Tarifmaterial

Wir benötigen dringend Tarifmaterial für alle Industrie-Gruppen. Die Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften müssen dieses Material gegen Zurückhaltung evtl. Umhüllen schnellstens einbringen.

Mit kommunistischem Gruß!

Die A.P.D. ist eine Organisation zum Zwecke der Festlegung der Arbeiterorganisationen. Wer mit diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung Gemeinschaft hält, ist ebenso zu bewerten. Funktionäre unseres Verbandes, die im Sinne dieses A.P.D.-Rundschreibens tätig sind, müssen von ihren Posten entfernt werden. Mit solchen mehrfachen Menschen wollen wir nicht arbeiten. Für oder gegen! Ein Mittelweg gibt es nicht.

Die Dachdecker haben die Verschmelzung mit dem Bausektorsverband wieder abgelehnt.

Einen Beschluß des Verbandstages folgend, haben die Dachdecker in den Monaten März, April erneut eine Abstimmung wegen Anschlusses an den Bausektorsverband vorgenommen. Die Beteiligung war dieses Mal die höchste von allen bisheriger: Von 10 000 Mitgliedern stimmten nur 65,4, also 61 Prozent, ab. Davon haben 3154 mit Ja, 3387 mit Nein gestimmt.

Angerechnet nach dem Beschluß des letzten Verbandstages, wonach, wenn 65 Prozent der Stimmen für Ja stimmen, die gesamten Mitglieder für Ja gezählt werden (oder umgekehrt), so ergibt das 3013 Ja-Stimmen aus 6606 Nein-Stimmen.

Jedenfalls ist noch einmal eine einfache Mehrheit erreicht worden im Gegensatz zur Abstimmung 1926, wo nur 320 Stimmen an der Zweidrittelmehrheit fehlten. Die Situation für die Vereinigung ist also günstiger geworden.

Bei der Ablehnung spielte vor allen Dingen eine Rolle, daß die Mitglieder ihre Dachdecker-Zeitung nicht wissen wollen; ferner, daß sie glauben, im großen Verband viele Eigenheiten zu verlieren, die die eigene Organisation gewahrt, dann aber auch der Umstand, daß sich der Verband organisatorisch, finanziell und in bezug auf seine Tarifpolitik recht günstig entwickelt hat.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang April 1928.

Table showing employment statistics for the factory workers' union in April 1928, including total members, unemployed, and part-time workers.

Der Arbeitsmarkt zeigt eine erfreuliche Besserung. Die zweite Märzhälfte brachte eine stärkere Entlastung. Es betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen: Von d. Arbeitslos-Verj. Unterstützte 1.188 500, 1.371 000, 1.333 000, 1.291 000, 1.237 500, 1.010 000.

einen erheblichen Rückgang der erwerbslosen Mitglieder nach. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg dank der lebhaften Werberarbeit im letzten Monat um 10 000 Mitglieder. Die Statistik ergab Anfang April insgesamt 432 024 oder 98 Prozent unterer Verbandsmitglieder. Davon waren 32 328 oder 7,4 v. H. arbeitslos und arbeiteten 7031 oder 1,6 v. H. verkürzt.

Table showing the distribution of unemployed and part-time workers by industry sector as of the end of February and March 1928.

Sämtliche Industriegruppen, mit Ausnahme der Glasindustrie, weisen eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage auf. Für die Glasindustrie sind die Verhältniszahlen in beiden Rubriken die gleichen geblieben, was auf eine unveränderte Konjunkturlage hindeutet.

In der geographischen Verteilung stehen Württemberg und Baden mit 3,2 v. H. Arbeitslosen am günstigsten da; dann kommt Schlesien mit 4,5 v. H. rheinland und Westfalen mit 4,6 v. H. Brandenburg-Berlin mit 4,8 v. H.

Dadurch wurden vielfach die großen Gesichtspunkte, auf die im Fachblatt hingewiesen worden war, völlig außer acht gelassen.

Mit dieser Abstimmung müssen vorläufig die Versuche eingestuft werden, denn es hat sich gezeigt, daß durch das wiederholte Abstimmen ein gewisser Widerstand großgezogen worden ist, der von einem Mal zum andern größer wurde.

Berichte aus den Zahlstellen.

Waltershausen. Unser erster Bevollmächtigter und Mitbegründer unserer Zahlstelle erlag am 18. April nach kurzer schwerer Krankheit einem tödlichen Leiden. Sein Name ist mit der Gründung und dem Gedeihen der Zahlstelle untrennbar verbunden.

Waltershausen. Gummiindustrie. Am Montag, dem 16. April, fand eine Versammlung der Gummiarbeiter mit Berichtserstattung von der Lohnverhandlung der Gummiindustrie am 13. d. M. und unsere weitere Stellungnahme statt. Der große Lohnkampf war überfällig. Der Stell. Schneider (Erfurt) berichtete über die Verhandlungen der Chemischen und Gummiindustrie und erklärte, warum die Verhandlungskommission zu keinem Abschluß kam.

Die heutige Gummiarbeiterversammlung billigt den Standpunkt der Verhandlungskommission in der Lohnverhandlung für die Gummiindustrie. Die Versammlung bringt zum Ausdruck, daß die qualifiziertere Arbeit der Gummiarbeiter eine höhere Aufbesserung der Löhne rechtfertigt, als von Arbeitgeberseite angeboten wurde.

Der agitatorische Erfolg waren wiederum 38 Renaufnahmen.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das erste Quartal haben eingeleitet:

- List of branches and their members: Gau 1: Fürstberg (W.), Gronau, Osnabrück, Bramschweig, Celle, Gr. Hörden, Hagen, Nienburg, Obernkirchen, Peine, Schildhorn, Stadthagen, Walrode, Welefeld, Einbeck, Frieden, Giffhorn, Gr. Hainlingen, Hameln, Hannover, Hilbesheim, Lehrte, Minden, Müden, Osterode, Westerberg.

Gau 8: Ellrich, Altenburg, Alma, Breitenstein, Frauenth, Friedrichswerk, Gressen, Lützen, Niederschwerfen, Olze, Raftenberg, Rodach, Suhl, Lannroda, Waltershausen, Weimar, Zeitz, Mülfeld, Arnstadt, Artern, Blankenberg, Blankenhain, Brattendorf, Erfurt, Gera, Jecha, Jena, Jlmeneau, Kohla, Kothlitz, Köhler, Weisdorf, Könnig, Limbach, Mauerberg, Merseburg, Milha, Neuhaus-Steinbach, Neuwark, Pöhlitz, Rudolstadt, Salungen, Söllstedt, Scheide, Stadtilm, Stadlengsfeld, Treffurt, Unterneubrunn, Walkhausen.

Gau 9: Uffhausen, Girschau, Karlstadt, Amberg, Höchstadt, Rippenberg, Mitterteich, Schweinfurt, Lischeneuth, Bamberg, Oberdorf, Erlangen, Forchheim, Fürth, Hof, Neumarkt, Oberkogan, Rehau, Stöckheim, Thiersheim, Winklarn, Ansbach, Arzberg, Hohenberg, Konstein, Nürnberg, Regensburg, Rosenburg, Selb, Selb-Plößberg, Schirmdorf, Schönwald, Schwarzenbach, Stadlfeinbach, Weißenburg, Windheim.

Gau 10: Fleck, Miesbach, Neuburg, Schrobenhausen, Altmühl, Gmund, Augsburg, Freising, Kempten, Landsbut, Marienstein, Moosburg, München, Rosenheim, Schellernberg.

Gau 11: Balenfurt, Eßlingen, Hellbronn, Wangen, Freiburg, Freudenstadt, Gerabronn, Offenburg, St. Georgen, Schramberg.

Gau 12: Kreuznach, Birkenfeld, Roderhausen, Heidelberg, Kaiserslautern, Mannheim, Speyer, Ladenburg, Neustadt (S.), Rheinzabern.

Gau 13: Hanau, Höchst, Würzburg, Darmstadt, Fulda, Höchst, Offenbach.

Gau 14: Gummersbach, Wiesdorf, Wendorf, Goch, Oevenbroich, Solingen, Bremen.

Gau 15: Boizenburg, Brake, Brunsbüttelkoog, Büsum, Delmenhorst, Elmfleth, Flensburg, Hamburg, Harburg, Jhshof, Rieneburg, Oldenburg, Rakeburg, Winsen, Friedrichstadt, Glückstadt, Kiel, Lübeck, Stade.

Gau 16: Barmen, Bochum, Lünen, Dahlhausen, Emmerich, Hemer, Münster, Recklinghausen, Schermbeck, Wesel.

Harburg-Wilhelmsburg

Sucht zum 1. Juni 1928 einen tüchtigen, erfahrenen Agitationsleiter.

Selbstgeschriebene Arbeiten sind einzureichen über: 1. Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. 2. Wie oft in einer großen Zahlstelle die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben? 3. Wie wird eine Lohnbewegung zum Vorteil der Kollegenschaft durchgeführt? Ausicht auf Anstellung hat nur eine erstklassige Kraft, die über eine gute Allgemeinbildung verfügt.

Literarisches.

Dr. Otto Neurath: Lebensgestaltung und Klassenkampf. Schriftenreihe 'Neue Menschen'. Umfang 152 S. Preis kart. 2,50 Mk., Leinen 3,50 Mk. E. Laubische Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. — Dr. Neurath will in seinem neuen Buche zeigen, welche Möglichkeiten dem Sozialisten sich schon in der kapitalistischen Gesellschaft bieten, seine Lebensgrundrisse trotz dem soziologischen Zwange der kapitalistischen Wirklichkeit zu erproben und zu befestigen.

